№ 13
№ 6 Morgen-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 9. Januar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

40 Mark
Auswärts 50 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der Illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Januar 1500 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 2250 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 140 Mark die mm-Zeile. Familienanzeigen 55 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handels.): Carl Ebbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3665 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Washington wartet ab.

Von

Robert Barry,

Washingtoner Vertreter des „Philadelphia Public Ledger".

* **Washington,** 7. Januar.

Sonderkabeldienst der „Vossischen Zeitung".

Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen am Rhein wird als eine sehr wahrscheinliche Geste der amerikanischen Regierung angesehen für den Fall, daß Frankreich das Ruhrgebiet besetzt. Es ist jedenfalls, so wird hier versichert, die einzige positive Aktion, welche Amerika als Resultat des Zusammenbruches der Pariser Konferenz unternehmen will. Die Teilnahme Amerikas an der Reparationskommission und überhaupt der Reparationsfrage hänge jetzt ganz von den nächsten Schritten der französischen Regierung ab.

Staatssekretär Hughes ist fest entschlossen, seitens der Vereinigten Staaten keine neue Anregungen zu machen. Die persönliche Ansicht des Präsidenten Harding ist, wie man versichert, die, daß das Reparationsproblem über die Reparationskommission hinausgehe. Trotzdem ist Staatssekretär Hughes vorläufig gegen jedes weitere Anerbieten einer Teilnahme Amerikas. Washington sieht es gegenwärtig vor, die Entwicklung der Dinge in Europa und besonders in Frankreich abzuwarten. Diese Zeit will Amerika benutzen, um die Verhandlungen mit England wegen der englischen Kriegsschulden zu führen, ohne das Wiedergutmachungsproblem überhaupt zu berühren.

Die britische Kommission und ihr Führer, Baldwin, haben ebenfalls die Absicht, das Reparationsproblem bei diesen Verhandlungen in keiner Weise aufzuwerfen. Eine Einigung mit England in der Frage der englischen Kriegsschulden würde ohne Zweifel Einfluß auf die ganze Politik des Kongresses für die Regelung der allgemeinen Schulden ausüben. In dieser Frage ist Präsident Harding der Ansicht, daß keinerlei Löschung oder Streckung der Schulden vorgenommen werden darf. Im Kongreß sind die Ansichten geteilt. In der Frage der englischen Kriegsschulden möchte die amerikanische Regierung die Regelung dieser Schulden auf 25 Jahre bei 4½ v. H. erreichen, aber man nimmt in politischen Kreisen allgemein an, daß man sich eher auf den englischen Vorschlag, der eine Zeit von 40 bis 50 Jahren bei einer Verzinsung von 3½ v. H. vorschlägt, einigen wird. Die amerikanische Kommission für die Schuldenregelung ist durch die Vorschriften des Kongresses in dieser Frage ziemlich beengt. Andererseits wünscht die Regierung nicht, irgendwelchen Druck auf das Pfund Sterling auszuüben und den Dollar noch mehr steigen zu lassen, da das große Nachteile für die amerikanischen Handels- und Industriekreise nach sich ziehen würde. Man ist deshalb allgemein der Ansicht, daß ein gemeinsamer Plan gefunden werden muß, der dem Kongreß unterbreitet werden kann, der ihn dann annimmt oder verwirft. Die Führer des Kongresses hatten vor einiger Zeit bereits beschlossen, in dieser Session, die am 4. März abläuft, diese Frage überhaupt nicht mehr zu behandeln, doch das wachsende Interesse, das die Angelegenheit findet, läßt erkennen, daß diese sehr bald wieder im Kongreß zur Sprache kommen wird. Dies würde natürlicherweise eine allgemeine Diskussion in der Kriegsschuldenfrage nach sich ziehen und zum mindesten beweisen, daß die bereits kleine Opposition keinerlei Aussicht hat, ihren Plan einer Annullierung der allgemeinen Schulden durchzusetzen.

Der Briefwechsel Hughes—Poincaré.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **Washington,** 8. Januar.

Das Staatsdepartement gibt heute offiziell zu, daß ein Briefwechsel zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und Poincaré als eine Folge der Rede des Staatssekretärs Hughes in Newhaven stattgefunden habe. In politischen Kreisen des Weißen Hauses weigert man sich, irgendwelche Angaben über die Natur dieses Briefwechsels zu machen.

Die Schadenersatzkommission ist heute formell davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Deutschland bereit ist, für die Zerstörung der „Lusitania" vollen Schadenersatz zu leisten. Dieser Schadenersatz soll nebst den Zinsen an die Beteiligten aus dem Erlöse der sequestrierten deutschen Güter ausgezahlt werden.

Die Anhörung der Deutschen.

Heute Fortsetzung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wt **Paris,** 8. Januar.

Die Anhörung der deutschen Kohlensachverständigen durch die Reparationskommission hat heute nachmittag begonnen. Sie wird morgen vormittag fortgesetzt werden. Der größte Teil der heutigen Sitzung wurde durch Darlegungen des Vertreters des Reichskohlenkommissars Wallmichrath ausgefüllt. Morgen vormittag wird der Vorsitzende des Kohlensyndikats in Essen, Lübsen, der nicht rechtzeitig zur heutigen Sitzung in Paris eintreffen konnte, das Wort erhalten. In französischen Kreisen hält man es für „sicher", daß die von Frankreich beantragte Feststellung der „vorläufigen Verfehlung Deutschlands" morgen von der Kommission beschlossen wird. Ueber die heutige Sitzung wurde folgendes amtliche Kommuniqué ausgegeben:

„Die Reparationskommission ist heute um drei Uhr zusammengetreten, um die deutschen Sachverständigen anzuhören über den Fehlbetrag der Kohlenlieferungen an Frankreich im Jahre 1922, was von seiten der französischen Delegierten durch den Antrag auf Feststellung der „vorläufigen Nichterfüllung" veranlaßt wurde. Die deutsche Delegation besteht aus folgenden Herren: Fischer, Vorsitzender der Kriegslastenkommission, Dr. Mayer und Litter, Mitglied der Kriegslastenkommission Wallmichrath, Bornekowky und Hafenkorn, Vertreter des Reichskohlenkommissars, Ruppel, Vertreter des Wiederaufbauministeriums, Frohwein, Vertreter des Reichsministeriums des Äußeren und Rechtsbeirat Richter. Die Herren Fischer und Wallmichrath wurden gehört. Morgen werden von 9½ Uhr vormittags ab der Präsident des Kohlensyndikats Lübsen und andere Vertreter gehört werden. Die Anhörung der Deutschen wird morgen beendet. Die Reparationskommission wird in der gleichen Sitzung in die Beratung über ihre Schlußfolgerungen eintreten."

Poincaré redet am Donnerstag.

Poincaré erklärte heute mittag nach dem Kabinettsrat, der sich nur mit der bevorstehenden Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit beschäftigte, den französischen Pressevertretern, er werde am Donnerstag in der Kammer und auch im Senat eine Erklärung über die „äußere Lage" abgeben. Poincaré dementiert entschieden eine Nachricht der kommunistischen „Humanité" über die angebliche Mobilisierung französischer Eisenbahner. Er bemerkte dazu wörtlich: „Wir werden weder einen Eisenbahner noch einen Soldaten mobilisieren."

Am Quai d'Orsay wurde heute aufs neue vor Gerüchten und Zeitungsmeldungen über die angeblichen Pläne Frankreichs gewarnt. Eine Angabe der „Liberté", nach der Poincaré das Parlament am Donnerstag vermutlich nur vollzogene Tatsachen stellen wird, wurde als „äußerst gewagte Hypothese" bezeichnet. Man erklärte mir an zuständiger Stelle, die Nachrichten über Zeitpunkt und Charakter der französischen Aktion müßten mit um so größerer Vorsicht aufgenommen werden, als Abänderungen der Pläne in letzter Stunde keineswegs ausgeschlossen seien. Nach meinen Feststellungen ist es sicher, daß **belgische und italienische Ingenieure bei den geplanten Kontrollmaßnahmen beteiligt werden.** Zu der Frage, ob belgische Truppen an der Aktion teilnehmen, war keine amtliche Auskunft zu erlangen. Mir wurde an amtlicher Stelle erneut bestätigt, daß Frankreich die Feststellung der „vorläufigen Nichterfüllung" als „ausreichende und gerechte Grundlage" für Sanktionsmaßnahmen betrachtet und sich nicht verpflichtet fühlt, eine etwaige Erörterung der Reparationskommission über die Moratoriumsfrage abzuwarten, wobei aber nochmals betont wurde, daß die französischen Dispositionen **„im letzten Augenblick noch geändert"** werden könnten.

Die Möglichkeit eines amerikanischen Eingreifens wird in französischen amtlichen Kreisen entschieden bestritten. Man bemerkt dazu, Deutschland begehe einen „großen Irrtum", wenn es auf Amerika rechne. Auch die Spekulation auf einen Sturz des französischen Franken werde sich als falsch erweisen. Die französische Regierung habe natürlich alle Vorkehrungen in dieser Richtung getroffen und dürfe auf Grund „sehr präziser Angaben" darauf rechnen, daß der Franken nach der Aktion im Ruhrgebiet steigen werde (!).

Der Tod der Reparationen.

Erklärungen des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Cuno empfing heute vormittag die hiesigen Vertreter der amerikanischen Depeschenagenturen und gab ihnen folgende Erklärungen:

„Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgeschoben. Frankreich scheint sich zu dem Versuche anzuschicken, seine Ansprüche im Wege des Zwanges, der Gewalt durchzusetzen.

Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich habe schon in meiner Hamburger Rede gesagt, daß jede Zwangsmaßnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen. Denn so sehr wir bereit waren und es auch noch heute sind, freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft mit unseren Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgend einem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unsrige getan und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Leidens gehen. Unter Druck und Drohung werden wir nicht handeln.

Wir können der Gewalt nicht mit Gewalt entgegentreten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unvernunft und die Rechtlosigkeit des französischen Vorhabens der Welt in ihrem wahren Lichte zu zeigen. Gewalt bleibt Gewalt. Frankreich versucht die geplante Aktion mit dem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von „Sanktionen" und „Pfändern" spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeheuerlich er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Alliierten beliebige Eingriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung der Reparationsforderungen, halten die Alliierten für bestimmte Zeit das Rheinland besetzt, eine Garantie, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrage zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des des Besatzungsrecht regelnden Abkommens halten oder wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbesetztes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertraglichen Rechtes, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk."

*

Die Erklärungen des Reichskanzlers entsprechen der Auffassung der weitesten Kreise des deutschen Volkes, und zwar gerade der Schichten, die sich für eine aufrichtige Verständigungspolitik mit aller Entschiedenheit eingesetzt haben. Verständigung setzt guten Willen auf beiden Seiten voraus, ist unvereinbar mit dem Versuch, einem großen Volk mit den veralteten Mitteln der Gewalt fremden Willen aufzuzwingen. Der Geist Poincarés bedeutet eine Vergewaltigung nicht nur des deutschen Volkes, sondern auch der Kreise des französischen Volkes, die wissen, daß der „Triumph" der heut und morgen gefeiert werden kann, von Söhnen und Enkeln teuer bezahlt werden muß. Deutschland wird der Gewalt seinen unerschütterlichen Selbstbehauptungswillen entgegensetzen und sich nicht dazu hinreißen lassen, das Spiel der fremden Gewaltimbeter und Gewaltverliebter durch unsonnene Ausbrüche verständlicher Stimmungen zu spielen. Das deutsche Volk wird sich einmütig hinter jede Regierung stellen, die gegen die Gewalt das Recht und die Vernunft setzt.